**Pressenachricht**

Liberec, den 24.05. 2021

**Trinkwasser-Ersatzquellen, ein Schutzdamm und alljährliche Auswertungen der Auswirkungen des Kohleabbaus auf die Landschaft im Rahmen einer tschechisch-polnischen Regierungskommission. Auch das will die tschechische Seite von der polnischen Seite im Zusammenhang mit Turów verlangen**

**Am Freitag, den 21. Mai 2021, hat der Europäische Gerichtshof die sofortige Aussetzung des Braunkohleabbaus im polnischen Tagebau Turów angeordnet. Die Aussetzung des Abbaus wurde von der Tschechischen Republik mittels einer Klage veranlasst, denn nach ihrer Meinung wurde die Erweiterung des Abbaus auf polnischer Seite nicht in Übereinstimmung mit der geltenden europäischen Gesetzgebung durchgeführt. Auch die Region Liberec unterstützte diese Klage. Sowohl die tschechische als auch die polnische Seite sollen daher über Ausgleichszahlungen verhandeln, die der Regionspräsident der Region Liberec in einem Brief an den Woiwodschaftsmarschall der Woiwodschaft Niederschlesien im Februar dieses Jahres beschrieben hatte. Zu diesen gehören der Bau eines Schutzerddamms und einer grünen Wand sowie der Bau eines Ersatzwasserversorgungssystems.**

*"Der staatliche Investor PGE muss die gleichen Regeln und Vorschriften einhalten wie jeder andere, der mit seinen Aktivitäten das Gebiet, das Eigentum und oder die Rechte anderer Personen berühren würde. Er muss bereit sein, eine Einigung mit denjenigen zu suchen und zu finden, die von den Handlungen betroffen sein werden. Blockaden von Staatsgrenzen, Protestaktionen oder Angriffe in sozialen Medien werden diesen Streit nicht lösen. Der Weg führt über Verhandlungen und gegenseitige respektvolle Kommunikation, bei der es nicht darum geht, wer gewinnt, sondern es geht um die Achtung des europäischen Rechts", sagte Martin Půta. "Wir haben ja immer betont, dass wir bereit sind, uns mit der polnischen Seite an einen Tisch zu setzen und nach den geltenden europäischen Regeln zu verhandeln. Wir haben sie dazu seit zwei Jahren aufgefordert. Zuletzt, im Februar dieses Jahres, habe ich an den polnischen Woiwodschaftsmarschall einen Brief mit Vorschlägen für eine mögliche Lösung der Situation geschickt. Diese Punkte wurden auch vom, heute schon ehemaligen, Außenminister Tomáš Petříček Anfang des Jahres in Warschau diskutiert. Ich bedauere, dass ich bis heute keine Antwort von der polnischen Seite, von dem polnischen Investor PGE, erhalten habe"*, sagte Půta.

Auf der polnischen Seite erscheinen Desinformationen und Fehlinterpretationen dessen, was die tschechische Seite in der Tat fordert. Aus diesem Grund veröffentlicht die Region Liberec den Brief des Regionspräsidenten Martin Půta, in dem es steht. Der Brief war an den polnischen Woiwodschaftsmarschall gerichtet, bevor die Tschechische Republik eine Klage beim EU-Gerichtshof einreichte.

*"Ich halte die Diskussionsvorschläge für angemessen, gerechtfertigt und durch Fakten belegt, sei es die Ertüchtigung der Wasserversorgung in Uhelná oder der Bau eines Schutzdamms. Weitere Bedingungen sollen durch tschechisch-polnische Verhandlungen, am besten durch ein zwischenstaatliches Abkommen, ausgehandelt werden. Aus deshalb sollte meines Erachtens eine Kommission mit Vertretern beider Länder gegründet werden, die die Auswirkungen des Braunkohleabbaus im polnischen Tagebau Turów auf die dortige Bevölkerung und Landschaft, die ich zu schützen versuche, alljährlich objektiv auswertet"*, fügte der Regionspräsident Martin Půta hinzu.

Heute treffen sich sowohl die tschechische und die polnische Seite in der Region Liberec zu ersten Besprechungen in dieser Angelegenheit. Die anschließenden und rechtsverbindlichen Verhandlungen werden jedoch auf zwischenstaatlicher Ebene geführt.

Mag. Andrea Fulková

Abteilung für Presse und Außenbeziehungen des Regionalamtes der Region Liberec

Facebook: [Libereckraj](https://www.facebook.com/libereckraj/)

Twitter: [Libereckykraj](https://twitter.com/Libereckykraj/)

Instagram: [Libereckykraj](https://www.instagram.com/libereckykraj/)